

Zeitschrift:	Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber:	Schweizerisches Ost-Institut
Band:	8 (1967)
Heft:	22
Artikel:	Fünfzig Jahre Sowjetmacht
Autor:	[s.n.]
Kapitel:	3: Der Stand der Union
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-1077126

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

III. Der Stand der Union

Der Staat

Die Sowjetunion ist ein multinationaler Bundesstaat, der in seiner jetzigen Form am 30. Dezember 1922 konstituiert wurde. Bis dahin hatte die Russische Föderative Sozialistische Sowjetrepublik (RSFSR) mit den damals noch «souveränen» Sowjetrepubliken eine gemeinsame Wirtschafts-, Verteidigungs- und Außenpolitik geführt, wobei jedoch die einheitliche Parteiorganisation, von Moskau geleitet, die zentrale Führung auch auf allen Gebieten des Staatslebens garantierte.

Die ganze Union besteht nach Einverleibung der karelo-finnischen Unionsrepublik in die RSFSR aus 15 *Unionsrepubliken* als «souveräne» Staaten, welchen beide Unionsverfassungen (1924, 1936) das Recht auf Sezession gewährten. Von den 15 Unionsrepubliken stellen vier eigene föderative Staatsgebilde dar (RSFSR, Georgien, Aserbaidschan und Usbekistan), da in ihrem Rahmen mehrere Völker in geschlossenen, nationalen Siedlungsgebieten leben und ihnen der Status einer autonomen Republik — es gibt deren 20 — verliehen wurde. Den kleineren Völkern wurde der Status eines autonomen Gebietes — 8 an der Zahl — oder eines nationalen Kreises (insgesamt 10) garantiert. Diese autonomen Gebilde halten den unmittelbaren Kontakt mit dem Zentrum formell aufrecht, da sie im Nationalitätensovjet des Obersten Sovjets der UdSSR («Senat» des sowjetischen Parlaments) durch Delegierte vertreten sind. Die unmittelbaren Kontakte zwischen Union und Unionsrepublik sind aber auch organisatorisch durch die «ständigen Vertretungen der Unionsrepubliken beim Unionsministerrat» garantiert.

Die Kompetenzen der Unionsrepubliken waren abhängig von den allgemeinen Zentralisierungs- oder Dezentralisierungstendenzen. Im Gründungsvertrag von 1922 gab es kaum gemeinsame Angelegenheiten. Die Verfassung von 1936 zeigte eine starke Tendenz auf Zentralisation; zwischen 1957 und 1962 galt die Dezentralisation, nach 1964 wieder die Zentralisation. Heute gibt es nur unbedeutende autonome Kompetenzen für die Unionsrepubliken: Straßenbau, Kommunalwirtschaft, örtliche Industrie, Sozialversicherung; alle übrigen Angelegenheiten gehören in die Zuständigkeit der Union.

Das oberste Organ der Sowjetunion ist der Oberste Sovjet (Parlament), der aus zwei Kammern, dem Unionssovjet und dem Nationalitätensovjet besteht. An seiner Spitze steht das Präsidium als kollektives Staatsoberhaupt. Die Zuständigkeit von Vollversammlung des Obersten Sovjets und seinem Präsidium sind nicht ausgeschieden, weshalb neben dem Obersten Sovjet auch dessen Präsidium als Gesetzgeber auftritt. Eigentlich werden die Aufgaben des Obersten Sovjets und seines Präsidiums immer mehr auf solche der Kontrolle verschoben.

Das oberste Exekutivorgan ist der Ministerrat (bis 1946 Rat der Volkskommissäre), der vom Obersten Sovjet oder Präsidium ernannt wird, dem es rechenschaftspflichtig und untergeordnet ist. Der Ministerrat besteht aus den Ministern sowie den Leitern der Staatskomitees (für die ein-

zelnen Branchen der Industrie, für Staatssicherheit, Presse usw.), den Vorsitzenden von Staatsbank und Statistischer Zentralverwaltung sowie den Präsidenten der 15 Unionsrepubliken (insgesamt 72 Personen). Die 15 Unionsrepubliken und die 20 Autonomen Republiken haben ebenfalls ihre Obersten Sovjets mit Präsidien und Ministerräten. Die Legislative besteht dort jedoch nur aus einer Kammer.

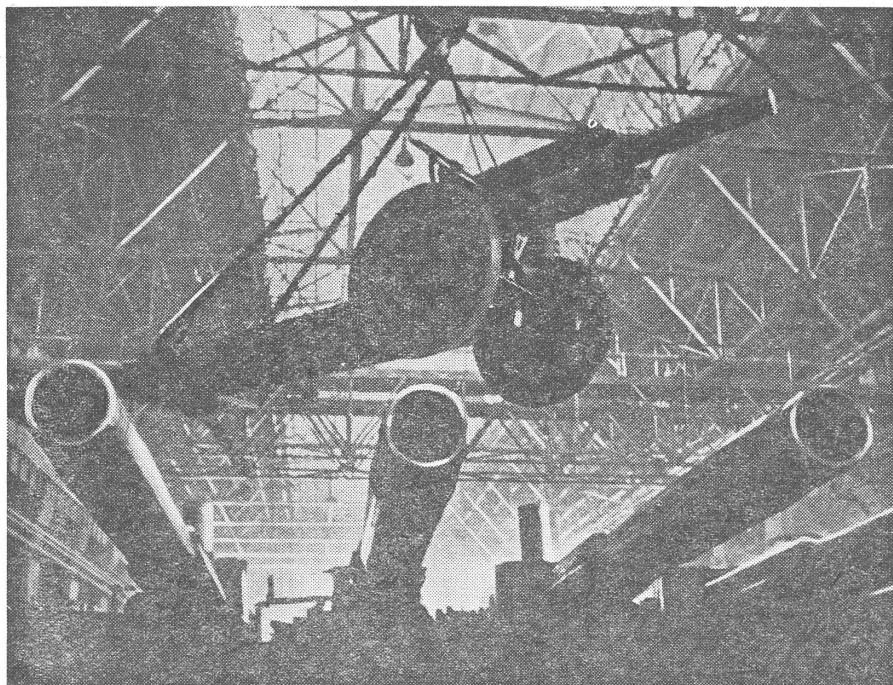
Der Oberste Sovjet steht ferner auch an der Spitze des gesamten Systems der Sowjets (Räte),

da das Prinzip der Gewaltentrennung abgelehnt wird. Jede territoriale Verwaltungseinheit des Staates (112 Gebiete und Grenzgebiete, 2636 Landesbezirke, 1800 Städte, 394 städtische Bezirke) wird vom entsprechenden Sovjet verwaltet, dessen Struktur genau die gleiche ist wie jene des Obersten Sovjets: Plenum und Exekutivkomitee (statt Präsidium). Das Verhältnis zwischen Plenum und Exekutivkomitee entspricht jedem zwischen Oberstem Sovjet und dessen Präsidium



Staudamm von Dnepropetrowsk: der Schwung erhielt sich in der Technik.

Die Sowjets — von welchen sich auch die Benennung des ganzen Staates ableitet — sind «demokratisch zentralisierte» Organe, welche dem Prinzip der «doppelten Abhängigkeit» unterordnet sind. Der erste Begriff bezieht sich auf die Wahl auf Grund der Nominierung der Kandidaten durch die Partei und auf die Verantwortung der Gewählten vor den Wählern (das heisst der Partei), sowie auf die restlose Unterordnung unter die höheren Organe. Der zweite bezieht sich auf die Abhängigkeit der einzelnen Sowjetabteilungen von den entsprechenden Abteilungen der höheren Sowjets bis hinauf zum Fachministerium (vertikale Abhängigkeit), sowie die Abhängigkeit des Exekutivkomitees und der Funktionäre vom Sowjetplenum (horizontale Abhängigkeit). Das ganze System der Sowjets wird von einer Verwaltung beim Ministerrat geleitet und zusammengefasst. Unter solchen Bedingungen kann es keine Autonomie geben, da alle höheren Sowjets das Recht haben, die gesetzwidrigen und die der *Staats- und Parteipolitik* widersprechenden Entscheide und Beschlüsse der untergeordneten Organe ausser Kraft zu setzen, bindende Direktiven zu erteilen usw.



Kanonen statt Butter: Rüstungsanstrengungen im Rahmen des Grossen Vaterländischen Krieges.

Selbst die Gesetzgebung und die Gerichte sind dem «demokratischen Zentralismus» unterworfen. 1957 wurde die Gesetzgebung «dezentralisiert» (sie war 1936 zentralisiert worden): die wichtigsten Fragen werden in Unionsgesetzen geregelt, während für die einzelnen Gebiete des Rechtes und des Staatslebens (Strafrecht, Zivilrecht, Prozessordnungen usw.) vom Zentrum «Grundlagen» oder «Grundsätze» erlassen werden, auf deren Grund die republikanischen Gesetze und Gesetzbücher erlassen werden müssen. Die Unabhängigkeit der Gerichte wird zwar in Theorie und Verfassung anerkannt; praktisch wird jedoch die Rechtsprechung — besonders bei den höheren Gerichten bis einschliesslich das Oberste Gericht der Union — geleitet und kontrolliert vom

Präsidium des Obersten Sowjets, von der Staatsanwaltschaft, von den entsprechenden Sowjets und vom «Volk» (das heisst von den Wählern auf Grund der systematischen Rechenschaftsberichte der Richter über ihre Tätigkeit und von der Partei). Die mangelhafte Unabhängigkeit der Gerichte lässt sich ebenfalls auf die Ablehnung des Prinzips der Gewaltentrennung zurückführen. Die Verwaltung des Wirtschaftslebens ist sehr kompliziert, da es für sie eine grosse Anzahl von Verwaltungshierarchien gibt. Was die Industrieverwaltung betrifft, ist auf die absolut und relativ zentralisierten und autonomen Verwaltungshierarchien sowie auf die autonome örtliche Industrie hinzuweisen. Die wichtigsten Industriebranchen sind direkt dem Zentrum untergeordnet, die weniger wichtigen sind dem Zentrum via Unionsrepubliken unterstellt, während die übrigen Branchen der Unionsrepublik und die unbedeutenden sogar den einzelnen Sowjets unterstehen. Die wichtigsten Betriebe der Schwer- und Rüstungsindustrie sind im ganzen Lande direkt von Moskau aus geleitet. Die Agrarverwaltung ist vierspurig; die einzelnen Verwaltungslinien laufen jedoch streckenweise doppelt. Diese sind: die

Banken (Staatsbank, Baubank, Aussenhandelsbank). Die gesellschaftliche Kontrolle wird verwirklicht von den Gewerkschaften, von der Partei sowie vor allem von den Organen der 1962 errichteten Volkskontrolle, die allein zirka 5 Millionen Kontrolleure umfasst.

Schliesslich sei vermerkt, dass trotz gewisser Aufteilung der Kompetenzen zwischen Union und Republiken das ganze Wirtschaftsleben stark zentralisiert bleibt, da Planung, Budget und Kreditwesen immer und unter allen Umständen zentralisiert bleiben müssen.

Die Partei

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion entstand als linker oder bolschewistischer Flügel der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (gegründet 1898) am 2. Kongress dieser Partei im Jahre 1903. Sie hatte verschiedene Benennungen: Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (Bolschewiki) von 1903 bis 1918; Russische Kommunistische Partei (Bolschewiki), RKP(b) von 1918 bis 1925; Allunions Kommunistische Partei (Bolschewiki), VKP(b) von 1925 bis 1952; Kommunistische Partei der Sowjetunion, KPSS, seit 1952. Ihr Wesen, ihre taktische Linie, ihre Methoden und gewissermassen ihr Aufbau änderten sich während 64 Jahren erheblich.

Das geltende Statut von 1961 gibt in der Einleitung folgende Definition der Partei: «*Die Partei ist für das Volk da und dient dem Volke. Sie ist die höchste Form der gesellschaftlich-politischen Organisation, die führende und richtungweisende Kraft der sowjetischen Gesellschaft. Die Partei leitet die grosse Aufbautätigkeit des Sowjetvolkes, verleiht seinem Kampfe für die Erreichung des Endzielen — des Sieges des Kommunismus — einen organisierten, planmässigen, wissenschaftlich begründeten Charakter ...*» Die Parteiführung im Staat und in der Gesellschaft ist zugleich auch ein konstitutionelles Prinzip, das in einem Nebensatz von Art. 126 der Sowjetverfassung verankert wird: Die KP ist der leitende Kern aller Organisationen der Werktätigen, sowohl der gesellschaftlichen wie der staatlichen.

Die Partei leitete die Zerstörung des gesamten alten Staatsapparates sowie den Aufbau der neuen Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Seit 1917 ist es die Partei, welche die Hauptrichtung der gesamten Tätigkeit des Staates festlegt. Die Parteiführung kommt in folgendem zum Ausdruck:

- Alle grundsätzlichen und wichtigen Probleme müssen auf Grund der Parteidirektiven gelöst werden;
 - Die Partei setzt auf die wichtigsten Posten die besten, dem kommunistischen Aufbau völlig ergebenen Werktaetigen (Parteimonopol in der «Kaderpolitik»);
 - Die Partei weist auf die Mängel in der Tätigkeit der verschiedenen Organe hin und entscheidet, wie diese behoben werden müssen.
- Es ist also der Staat, der ein Instrument der Partei ist, und nicht umgekehrt.
- In jedem staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organ ist ein entsprechendes Parteorgan zur Leitung und Kontrolle tätig. Diese Parallelen zwischen Partei- und Staatsorganen findet sich auch bei der territorialen Aufteilung des Staatsgebietes: die territorialen Verwaltungsein-

Sowjets (durch ihre Agrarverwaltungen), die Produktionsverwaltungen, die Linie des staatlichen Aufkaufs und die Verwaltungen für Versorgung der Landwirtschaft mit Maschinen, Ersatzteilen und Kadern sowie für die Reparatur von Landmaschinen.

Das normale Funktionieren des Staates wird durch das bürokratische und überdimensionierte Kontrollsysten erschwert. Es gibt eine Staatskontrolle und eine gesellschaftliche Kontrolle. Die erste umfasst die allgemeine Kontrolle (Präsidium des Obersten Sowjets, Staatsanwaltschaft) und die Branchenkontrolle (über Handel, Finanzen usw.), die ministeriale und zwischenministeriale Kontrolle, die Finanz- und Kreditkontrolle durch das Finanzministerium und die

heiten von Partei und Staat müssen genau aufeinander abgestimmt werden. In den Unionsrepubliken gibt es — mit Ausnahme der RSFSR — je eine republikanische (bis 1952 «nationale») Kommunistische Partei, in den Autonomen Republiken, Grenzgebieten und Gebieten findet man Gebietsparteiorganisationen; den Landbezirken und Städten entsprechen die Bezirks- und Stadtorganisationen der Partei. Jedem territorialen staatlichen Organ (Sowjet) entspricht ein Parteikomitee (Bezirkssowjet — Bezirkskomitee der Partei, Gebietssowjet — Gebietskomitee usw.), jedem Ministerrat (sowohl in der Union als auch in den Unionsrepubliken) ein ZK; dem Ministerrat der Autonomen Republiken entspricht jedoch auf Parteibasis das Gebietskomitee. Die einzelnen Ministerien werden von den entsprechenden Abteilungen im ZK geleitet und kontrolliert, während die Leitung der Abteilungen in den verschiedenen Sowjets Aufgabe der parallelen Abteilungen in den Parteikomitees ist.

Die Partei ist eine «demokratisch zentralisierte» einheitliche Organisation. 1919 und 1920 wurden Versuche unternommen — seitens der nichtrussischen Kommunisten —, die Partei nach dem Muster des Staates in eine föderalistische Organisation umzuwandeln, was jedoch von Lenin abgelehnt wurde. Die republikanischen Parteien sind also genau so von Moskau abhängig wie die dem Parteizentrum direkt unterstehenden Gebiets- und Grenzgebetskomites in der RSFSR. Es ist klar, dass die föderative Struktur des Staates praktisch bedeutungslos ist, wenn die ihn leitende und kontrollierende Organisation zentralisiert bleibt. Die organisatorische Einheit wurde auch dadurch hervorgehoben, dass die RSFSR, welche mehr als drei Viertel der gesamten Staatsfläche (17,5 von 22,4 Millionen Quadratkilometer Fläche) umfasst, welche wirtschaftlich und kulturell die Führung innehat, keine eigene Partei aufweist; sie wird vom Moskauer Parteizentrum direkt geleitet und kontrolliert.

Ein anderer Aspekt der organisatorischen und ideologischen Einheit der Partei ist der Umstand, dass in ihr keine Fraktionen geduldet werden; deren Mitglieder müssen aus der Partei ausgeschlossen werden (Einleitung zum Statut).

Diese Einheit sollte durch eine eiserne Disziplin (Statut, Art. 2/i) garantiert werden. Disziplinverletzer müssen vor Parteigericht gestellt werden, das sogar in Strafsachen der Parteileute das erste Wort hat.

Das *Funktionsprinzip* der Partei ist der «demokratische Zentralismus»: Wahl der leitenden Organe von unten nach oben, Möglichkeit zur Abberufung der Gewählten, ihre Rechenschaftspflicht gegenüber den Wählern (Parteidemokratie), Einhaltung der Parteidisziplin und bindende Kraft der Anordnungen der höheren Organe für die niederen (Zentralismus; Art. 20). Die Parteidemokratie wird jedoch durch die Aufstellung der Kandidaten von oben (Art. 24) und die Bestätigung der gewählten Funktionäre ebenfalls von oben eingeschränkt. Prinzip der Partiestruktur ist der territoriale und Produktionsgrundsatz. Dies bedeutet: In allen Produktionseinheiten, Behörden, Schulen, Armee-Einheiten usw. werden Grundorganisationen gebildet, welche in territorialen Organisationen zusammengefasst werden, die den staatlichen territorialen Verwaltungseinheiten entsprechen. Eine Ausnahme bildet die territoriale Grundorganisation in den Wohnstätten, welche

die Erziehung und Kontrolle der Mieter zur Aufgabe hat.

An der Spitze der gesamten Partei steht der Parteikongress, der alle vier Jahre zusammentritt. In der Zwischenzeit wird die Partei von dem vom Kongress gewählten ZK geleitet. Da jedoch auch dieses grosse Gremium (195 Mitglieder, 165 Kandidaten) jährlich nur zweimal zusammentritt, wird die Führung vom Politbüro (nach Stalin und bis 1966 Präsidium) und Sekretariat gewährleistet.

nommen. Beide sind vom ZK gewählt und ihm der Form nach rechenschaftspflichtig. Rechenschaftspflicht und Bestätigung der Beschlüsse ist auf allen Stufen der Parteihierarchie realiter eine Formalität, da die Beschlüsse sofort in Kraft treten und für die gesamte Partei bindend sind. Das ZK organisiert ebenfalls das Komitee für Parteikontrolle, das als höchstes Aufsichtsorgan für die Organisationen und oberstes Parteigericht tätig ist.



Friede für die Welt: Worte ohne Taten.

Das Politbüro ist ein «gesellschaftliches» Organ, dessen Mitglieder von Fall zu Fall zusammentreten, während das Sekretariat aus hauptamtlichen Partefunktionären besteht, dessen Mitglieder die wichtigsten Ressorts leiten (Politbüro: 11 Vollmitglieder und 8 Kandidaten, Sekretariat 11 Mitglieder). Das Politbüro ist ein kollektives Organ, nicht aber das Sekretariat. Durch mehrstufige Delegierung werden also die Kongress-Kompetenzen von Politbüro und Sekretariat über-

Die 14 republikanischen Parteien haben die gleiche Struktur: Kongress, ZK, Politbüro (Büro) und Sekretariat, während alle übrigen territorialen Organisationen (mit Ausnahme der territorialen Grundorganisation) folgende Struktur aufweisen: Parteikonferenz, Komitee und Büro. Das Komitee wählt außerdem einige Sekretäre (einen Ersten und einige weitere).

Die Grundorganisationen haben folgende Struktur: Mitgliederversammlung, Büro (in den gros-

sen Komitees) und Sekretär. In den Grossbetrieben und Ministerien gibt es zusammengesetzte Grundorganisationen (die Grundorganisation besteht aus mehreren Organisationen); in diesem Fall ist die Konferenz der Delegierten der einzelnen Organisationen das leitende Organ der gesamtbetrieblichen Organisation. Die Grundorganisationen haben das Recht und die Pflicht, die Produktionsbetriebe und die für die Produktion arbeitenden wissenschaftlichen Institute direkt, alle übrigen Behörden indirekt zu kontrollieren, zu welchem Zweck sie eine Kontrollkommission wählen müssen (Art. 60).

Ein weiteres Funktionsprinzip ist die kollektive Führung (Art. 27), das jedoch kaum zur Geltung kommen kann, da — wie selbst die Parteibeschlüsse dies offen anerkennen — die Befugnisse der kollektiven Organe (Kongress, Konferenz, Komitee, Büro) von der Exekutive (vom Sekretariat) übernommen werden. Die bisherigen Parteifahrten beweisen, dass die kollektive Führung immer in eine Einmannführung mündete.



Machtdemonstration an der Revolutionsfeier vor zehn Jahren.

Die Partei sollte einen Arbeitercharakter aufweisen, und sie sollte Vortrupp und keine Massenpartei sein. Der Arbeitercharakter ging jedoch nach der Aufhebung der Aufnahmevergleichungen für Arbeiter (1938) sofort verloren: im Jahre 1938 bestanden 64,3 Prozent der Mitgliedschaft aus Arbeitern, 1942 noch 39,2 Prozent und 1956 nur 32 Prozent. Seitdem forciert man erneut die Aufnahme von Arbeitern, weshalb ihr Anteil heute auf 37,8 Prozent angestiegen ist. Hingegen ist die Partei eine Organisation der Bürokraten: 1956 bestanden 50,9 Prozent der Mitgliedschaft aus Funktionären und Angestellten, heute 46 Prozent. Während der ersten Jahrzehnte ihrer Existenz war die KPdSU tatsächlich eine

Partei der Elite, ein Vortrupp; heute nimmt sie Richtung auf eine Massenpartei. Mitte 1967 umfasste sie 12,8 Millionen Mitglieder bei einer Bevölkerung von 231 Millionen Einwohnern.

Die Partei leitet Staat und Gesellschaft mit Hilfe der sogenannten Transmissionsriemen, das heißt gesellschaftlicher Organisationen, welche unter direkter Parteiführung und Kontrolle stehen. Unter diesen Organisationen stehen *Gewerkschaften* und *Komsomol* auf dem ersten Platz. Die Gewerkschaften sind «Schulen des Kommunismus», die sich mit «Lohndemagogie» nicht beschäftigen dürfen. Sie müssen statutengemäß die Parteipolitik ausführen und insbesondere die Arbeitsproduktivität fördern. Bei den leitenden Organen entsteht eine Personalunion mit der Partei. Der Komsomol ist die einheitliche und einzige Jugendorganisation im Lande, welche die Jugendabteilung der Partei darstellt und gegenwärtig 23 Millionen Jugendliche im Alter von 14 bis 28 Jahren umfasst. Die jüngere Generation wird durch die Pionierbewegung beziehungsweise die Oktjabristen (von 7 Jahren an) erfasst und erzogen.

Kasachen	3,6	Kirgisien	1,0
Aserbajdsch	2,9	Esten	1,0
Armenier	2,8	Udmurten	0,6
Georgier	2,6	Marijzen	0,5
Litauer	2,3	Bulgaren	0,3
Juden	2,3	Koreaner	0,3
Moldauer	2,2	Griechen	0,3
Deutsche	1,6	Ungarn	0,2
Tschuwaschen	1,5	Tuvinen	0,1

Der Staat hat bei der Förderung der Zivilisation unter den früher primitiven kleinen Völkern des zaristischen Russlands grosse Verdienste erworben. Der Analphabetismus wurde bei allen Nationalitäten liquidiert. Die grösseren Völker erhielten während des Sowjetregimes eigene Schrift und Literatur (zuerst auf dem lateinischen, später auf dem kyrillischen Alphabet gründend). In den Unionsrepubliken wurden eigene Akademien der Wissenschaften errichtet; es gibt in diesen früher stark zurückgebliebenen Gebieten zahlreiche Universitäten und Hochschulen, an welchen in der Landessprache unterrichtet wird.

Trotz dieser grossen Verdienste des neuen Regimes ist die ständig wachsende Rolle der Russen und die abnehmende Bedeutung der übrigen Nationen und Nationalitäten eine Tatsache. Annäherung und künftige Verschmelzung der Nationen (nicht mittels Gewalt, sondern durch ein «freies Bündnis der werktätigen Massen») wird als «objektive Gesetzmässigkeit» des Sozialismus ausgegeben.

Im Zeichen dieses «objektiven Gesetzes» der Entwicklung werden gemeinsame Sprache und Kultur gefördert, der Nationalismus als ein «schädlicher Ueberrest der Vergangenheit» verfolgt. Als gemeinsame Sprache wird das Russische hervorgehoben, und man erzielte auf diesem Gebiet schon bedeutende Erfolge: 1959 gaben von den 94 200 000 Nichtrussen 10,2 Millionen das Russische als Muttersprache an, während von den Russen nur 270 000 (0,2 Prozent) eine nichtrussische Muttersprache hatten. 25 Prozent der Deutschen, 79,2 Prozent der Juden, 55,5 Prozent der Polen, 2,8 Prozent der Ungarn usw. sprechen Russisch bereits als Muttersprache. Dies ist ein Zeichen der «Integration» und zugleich des «stufenweisen Absterbens der Sprachen». Diese für den Fortbestand der kleineren Nationen und Völkergruppen problematische Entwicklung ist im wesentlichen auf die zunehmende Industrialisierung und auf die Bestrebung, die Staatsverwaltung zu vereinfachen, zurückzuführen. Lediglich bei der Kritik an einer nationalbewussten Literatur in den nationalen Randgebieten, an der Huldigung für die nationalen Helden, an einer Ueberbetonung der selbständigen Staatlichkeit in der Vergangenheit usw. kommt die Tendenz einer russischen kulturellen Gleichschaltung zum Ausdruck.

Obwohl der gesamte staatliche Aufbau auf dem nationalen Prinzip gründet, wird in Theorie und Praxis immer wieder betont, das nationale Prinzip sei unter allen Umständen dem Klassenprinzip zu unterstellen: «Das Wesen der sowjetischen Föderation besteht darin, dass die Staatsmacht den Werktätigen jeder Nationalität, die Leitung des Staates aber der Arbeiterklasse... angehört.» Subjekte der Föderation sind die über eigene Siedlungsgebiete verfügenden Volksgruppen, Träger der Staatsmacht ist die Arbeiterklasse, das heißt ihr Vortrupp, die KPdSU.

Die Nationalitäten

In der Sowjetunion leben über 100 Nationen und Völkergruppen, unter welchen die weitaus grösste natürlich die russische ist. Der staatliche Aufbau trägt diesem Charakter der Bevölkerung Rechnung, da das gesamte Staatswesen auf das nationale Prinzip aufgebaut wird. Obwohl in der Theorie die Gleichberechtigung aller Nationen und Nationalitäten der Sowjetunion immer wieder betont und die Verfassung in Art. 123 die Gleichberechtigung der Bürger ohne Rücksicht auf ihre nationale Zugehörigkeit garantiert, kann von Gleichberechtigung der Nationen und Volksgruppen in der Praxis kaum die Rede sein.

Man unterscheidet zwischen Nationen, welchen eine eigene Staatlichkeit (Unionsrepublik, Autonome Republik, Autonomes Gebiet oder Nationaler Kreis) gewährt wird, und allen übrigen, denen das Recht auf Eigenstaatlichkeit vorenthalten bleibt. Von den über 100 Nationalitäten gibt es nur 53, welche eine Autonomie besitzen. Den übrigen, sogar solchen mit alten kulturellen Traditionen, wurde jegliche Autonomie verweigert. Es gibt Völkergruppen mit 5000 bis 10 000 Angehörigen, denen der Status eines Nationalen Kreises oder eines Autonomen Gebietes, etwas grössere Völkergruppen — etwa die Tuvinen mit 100 000 Seelen —, denen der Status einer Autonomen Republik gewährt wurde. Die Deutschen (1959: 1,6 Millionen Seelen), die Polen (1959: 1,4 Millionen Seelen) oder die Ungarn (1959: 155 000 Seelen) haben nicht die geringste Autonomie.

Die letzte Volkszählung vom Januar 1959 zeigt folgendes Bild über den Stand der nationalen Zusammensetzung der Nationalitätengruppen mit über 100 000 Angehörigen (in Millionen):

Gesamte Bevölkerung	208,8
Davon:	
Russen	114,6
Ukrainer	37,0
Weissrussen	7,8
Usbeken	6,0
Tataren	5,0
Letten	1,4
Tadschiken	1,4
Polen	1,4
Mordinen	1,3
Turkmenen	1,0
Baschkieren	1,0

Der Mensch

Vor 50 Jahren verkündete das neue Regime das Ziel, einen neuen Menschentyp, den sozialistischen oder Sowjetmenschen, zu formen. Er soll von den negativen Charaktereigenschaften der in feindlichen Gruppen aufgespaltenen Klassengesellschaft befreit werden. In der alten Gesellschaftsordnung sei es unmöglich gewesen, einen einheitlichen Menschentyp für die ganze Gesellschaft zu prägen, da die einzelnen Klassen ihre eigenen Typen hätten.

Der neue Mensch soll vom Kollektivegeist durchdrungen sein, sich den Interessen des Kollektivs und der gesamten Gesellschaft restlos unterstellen, sein Lebensziel im Aufblühen der neuen Ordnung sehen, fleißig arbeiten, seine Kinder im sozialistisch-kommunistischen Geiste erziehen, seinen Mitmenschen immer behilflich sein, sowohl im Privatleben als auch in der Arbeit. Er muss alle Klassenbrüder in der ganzen Welt lieben und ihnen, seinen Kräften entsprechend, helfen und zugleich alle Gegner der neuen Ordnung im In- und Ausland hassen und bekämpfen. Der neue Mensch soll nicht für sich, sondern für die Gesellschaft leben, nicht für persönliche Bereicherung und das persönliche Glück, sondern für das Wohl der gesamten Gesellschaft arbeiten. Er muss in internationalen Klassenkategorien denken und bei jeder Stellungnahme einen Klassenstandpunkt einnehmen. Alles, was in der Welt geschieht, muss er durch das Prisma der klassen gebundenen Lehren des Marxismus-Leninismus beobachten, bei der Beschlussfassung muss er immer von dem von der Partei diktieren Standpunkt der Arbeiterklasse ausgehen, worin seine «Parteilichkeit» oder «Parteigebundenheit» zum Ausdruck kommt, was ebenfalls einer der wichtigsten Charakterzüge des neuen Menschen sein muss.

Der neue Mensch muss also lieben und hassen! Mit aller Liebe muss er sich für die Erbauer des Sozialismus im In- und Ausland einsetzen und die revolutionäre Bewegung im «nichtsozialistischen Ausland» unterstützen. Der neue Mensch muss jegliche strafbare Handlung unterlassen. Arbeit und ehrliches Leben sowie ständige

Selbstbildung in Politik und Beruf werden zur Gewohnheit, zu einer neuen Lebensbedingung für ihn.

Danach sind alle negativen Erscheinungen des Menschen, Religiosität, Nationalismus, Verbrechertum, Egoismus, individuelle Einstellung usw., dem Sozialismus und Kommunismus grundsätzlich fremd, sie haben ihre Wurzeln angeblich in der alten Gesellschaftsordnung, sie sind «Ueberreste» des Kapitalismus. Staat und Gesellschaft, vor allem aber die Partei, kämpfen gegen diese Ueberreste, deren wirtschaftliche Basis der sich auf das Privateigentum mit Ausbeutung des Menschen durch den Menschen stützende Kapitalismus ist.

Sofort nach der Machtergreifung wurde ein ganzer Mechanismus verschiedener gesellschaftlicher und staatlicher Organe unter Parteileitung eingesetzt, um diesen neuen Menschen heranzuzüchten, um das hinter dem Sein (dem materiellen Milieu) zurückbleibende Bewusstsein auf das Niveau des Seins zu erhöhen. Um das grosse Experiment mit menschlichen Subjekten durchzuführen, wurde alles zerstört, was die Erziehung zum neuen Menschen hinderte: die feindlichen Schichten wurden nicht nur als Klassen vernichtet, auch ihre Angehörigen wurden in Konzentrations- und Zwangsarbeitslagern millionenweise zu Tode gequält. Die Gleichschaltung des Menschen und damit der gesamten Gesellschaft wurde mit drastischen Mitteln vorangetrieben.

Nach 50 Jahren tauchte die Frage auf: ist es gelungen, den neuen Menschentyp heranzubilden? Waren die schweren Opfer, «der Preis der Revolution», nicht umsonst? Bei der Antwort scheinen Theorie und Praxis einander zu widersprechen. Die marxistisch-leninistische Theorie behauptet: Der neue Mensch ist im wesentlichen geprägt. Insofern es in ihm noch negative Charakterzüge gibt, seien dies nur noch «Ueberreste». Da jedoch das Bewusstsein letzten Endes durch das Sein bestimmt wird, ist die dem materiellen Milieu entsprechende Entwicklung des Bewusstseins ein objektives Gesetz.

Um auch die letzten Ueberreste im Bewusstsein des neuen Menschen auszurotten, werden Anstrengungen unternommen, dem Menschen sowohl im Privatleben als auch in der Arbeit be-



Lomonossow-Universität in Moskau: Wissen bedeutet Macht.

hilflich zu sein, ihn zu erziehen und unter ständiger Kontrolle zu halten. Am weitesten geht diesbezüglich die Bewegung der Kollektive (Brigaden, Betriebe, Städte) der kommunistischen Arbeit, welche zum Ziele hat, die Werktätigen und ihre Familienmitglieder durch organisierte Freizeitgestaltung nicht nur an der Arbeitsstelle, sondern auch außerhalb zu erfassen (kollektive Freizeitgestaltung, kollektive Ausflüge, Kino- und Theaterbesuche, gemeinsame Abende zur Unterhaltung und politischen Diskussion usw.). Diese Ende 1958 eingeführte Bewegung hatte schon anfangs 1965 über 30 Millionen Mitglieder.

Im Jubiläumsjahr wurde in Moskau der erste kommunistische Wohnblock fertiggestellt, in welchem die Mieter «kommunistisch leben und arbeiten» müssen. Kollektive Speisung, kollektive Freizeitgestaltung, kollektive Kindererziehung sind für den ersten kommunistischen Wohnpalast charakteristisch (1960 wurden zwei solche Paläste in der Tschechoslowakei erstellt; das Experiment ist jedoch misslungen, und sie funktionieren nicht mehr). Diese Wohnblöcke stehen dem kommunistischen Ideal nahe: Das Produzentenkollektiv wird zugleich zu einem Wohn- und Verwaltungs kollektiv, zu einer kulturellen Einheit.

Der Übergang auf die Fünftagewoche in vielen Gebieten des Staats- und Wirtschaftslebens und die Verkürzung der Arbeitszeit haben zur Folge, dass die Menschen mehr Freizeit haben. Die Freizeit muss jedoch für den neuen Menschen nur als Fortsetzung der Produktionsaktivität und als Vorbereitung zur Arbeit angesehen werden. Er bekommt mehr Freizeit, um sich politisch und beruflich weiterbilden zu können. Hier kommt der Staat dem Menschen tatsächlich weitgehend zu Hilfe: Ein ganzes System von betrieblichen und höheren Kursen wurde aufgebaut, um jedem Menschen die Möglichkeit zur Bildung zu sichern. Damit der Mensch von den letzten Ueberresten des Individualismus befreit wird, damit er im materialistischen Sinne denkt und dementsprechend handelt, wurde auch ein ganzes System von Kontrollorganen errichtet: Haus- und Haus-

Lieber Leser!

Wir möchten Sie auf einige Titel aus unserem Verlag aufmerksam machen, die wir Ihnen **nicht** in unseren regelmäßigen Ansichtssendungen zugestellt haben:

Neu sind erschienen:

Peter Sager, «Kairo und Moskau in Arabien»,
240 Seiten Text und 32 Seiten Illustrationen, broschiert, Fr. 16.40
Laszlo Revesz, «50 Jahre Weltkommunismus. Die Rolle der KPdSU»,
150 Seiten, broschiert, Fr. 8.60

Noch lieferbar — und immer noch aktuell sind:

Hans Jörg Pommer, «Antisemitismus in der UdSSR», 51 Seiten,
broschiert, Fr. 3.50
Laszlo Revesz, «Mieter und Wohnung im Ostblock», 101 Seiten und
Illustrationen, broschiert, Fr. 7.50
Revesz/Pommer, «Der Arzt im Sowjetreich, 119 Seiten, broschiert,
Fr. 9.60
Laszlo Revesz, «Der osteuropäische Bauer im 17. und 18. Jahr-
hundert», 331 Seiten, gebunden, Fr. 24.50

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung

blockkomitees mit den Hausverantwortlichen an der Spitze, Strassenkomitees, Elternkomitees in der Schule und Elternkomitees bei der Hausverwaltung zur Kontrolle der Kindererziehung, Kammeradschaftsgerichte bei den Hausverwaltungen. Und es ist die Grundorganisation der Partei in den Wohnstätten, welche die Tätigkeit all dieser Organe koordiniert, leitet und kontrolliert und die Erziehung des neuen Menschen in seinem Privatleben fördert.

Wie auch in der sowjetischen Presse ständig und offen anerkannt wird, ist es bisher nicht gelungen, im Menschen das Individuelle und Besondere, die

bensstandards, viel mehr beschäftigt. Er trägt zwei Gesichter: eines in der Öffentlichkeit und das andere im privaten Kreis.

Diese «Spaltung der Persönlichkeit», wie die Erscheinung in der sowjetischen Literatur heute bezeichnet wird, bedeutet ein Fiasco der Gleichschaltungstendenzen. Im «Sowjetmensch» entwickelte sich eine reflexartige Anpassungsfähigkeit im kollektiven Bereich. Seine Individualität befindet sich in einem sozialen Halbschlaf, in der inneren Emigration; sie erhält sich in einer verengten persönlichen Sphäre für spätere Zeiten grösserer Freiheit.

Geistlichkeit eine loyale Haltung zur Sowjetmacht ein... Gleichzeitig muss jedoch berücksichtigt werden, dass es Bürger gibt, die einerseits aktiv am Leben des Landes teilnehmen und ihre Bürgerpflicht der Heimat gegenüber ehrlich erfüllen, anderseits aber noch unter dem Einfluss verschiedener Religionen stehen. Eine gründliche, geduldige und geschickt organisierte wissenschaftlich-atheistische Propaganda unter den Gläubigen wird ihnen helfen, sich letzten Endes von ihren religiösen Verirrungen zu befreien. Darum muss der Kampf gegen die religiösen Vorurteile jetzt als ideologischer Kampf der wissenschaftlichen, materialistischen Weltanschauung gegen die unwissenschaftliche, religiöse Weltanschauung betrachtet werden.

Konkrete Formen fand diese wissenschaftlich-atheistische Propaganda u. a. durch die Schaffung von Ersatzfeiern für Taufe und kirchliche Trauung. Auch die atheistische Kinder- und Erwachsenenerziehung gehört zu der wissenschaftlich-atheistischen Propaganda. Von der ersten Klasse der Achtjahrschule an lernen die Kinder, dass es keinen Gott gebe, dass die Wissenschaft sämtliche Erscheinungen der Natur zu erklären vermöge. Ausserhalb des Unterrichts werden Pionierzusammenkünfte, literarische Gespräche und Abendveranstaltungen abgehalten, bei denen die Schüler durch Vorträge, Diskussionen, Filme und Theaterstücke mit atheistischen Themen vertraut gemacht werden. Die Schulen führen atheistische Bibliotheken oder gar Verkaufsstellen für atheistische Literatur. Schliesslich gehört der klassenweise Besuch atheistischer Filme zum obligatorischen Schulprogramm.

Für die Kollektivbeeinflussung Erwachsener sorgen zunächst die Massenmedien von Presse, Radio, Fernsehen und Film. Dazu kommt eine gezielte Aktivität im sogenannten «Heim für Atheisten», wo u. a. auch die Kurse und Seminare zur Agitatorausbildung stattfinden. Die Parteikontrolle wird im Rahmen der KP-Organisation durch die Bildung von «Atheistensowjets» gewährleistet, gegliedert in mehrere Sektionen, die für verschiedene Bereiche der atheistischen Aufklärungsarbeit verantwortlich sind.

Für die gesamte Aufklärungsarbeit der Partei wird der Ausbildung der notwendigen Fachkader vorrangige Aufmerksamkeit gewidmet. In einem Institut für wissenschaftlichen Atheismus werden Kader ausgebildet, die wichtigsten Fragen bearbeitet, Konferenzen und Seminare organisiert. An allen Hochschulen und Universitäten der UdSSR werden Lehrstühle für wissenschaftlichen Atheismus errichtet, wobei dieser Pflichtfach mit Prüfungzwang ist.

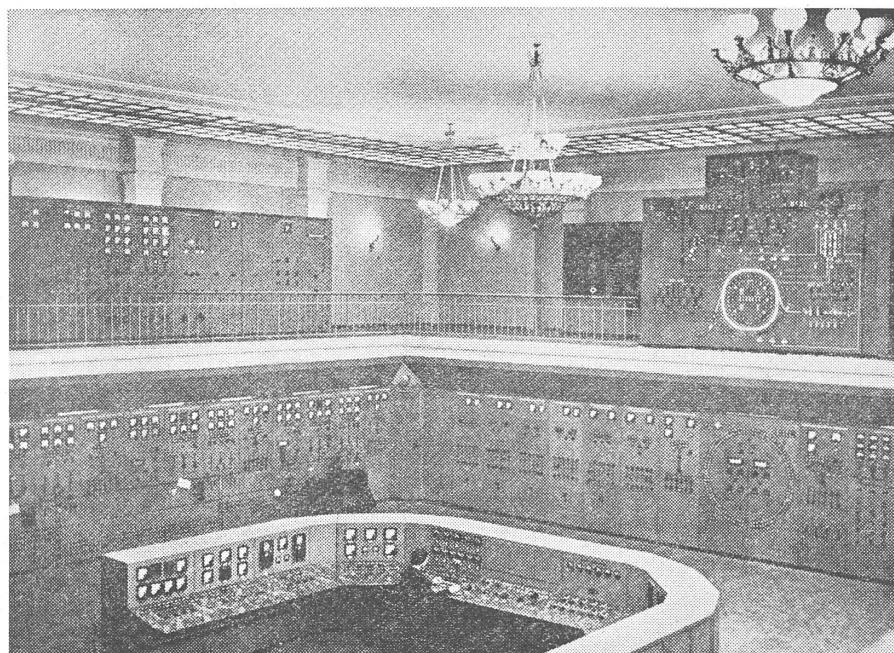
Komsomol und Gewerkschaftsorganisationen sowie Volkshochschulen sind in das Programm mit einbezogen worden.

Damit ist der Kampf gegen die Religionen in der UdSSR eine Angelegenheit des ideologischen Kampfes geworden, der sich auf die wissenschaftlich-atheistische Jugend- und Erwachsenenerziehung verlegt hat.

Die Kirche

Als das Sowjetregime während des Krieges in harter Bedrängnis stand, suchte Stalin auch bei der Kirche Rückhalt. Nach dem Tode Stalins, in der Aera Chruschtschew, haben sich die Methoden der Kirchenpolitik gewandelt, wenn auch die von Lenin und Stalin gesetzten Ziele sich kaum veränderten. Bestehen blieb das grundlegende Verhältnis zwischen Kirche und Staat, gegründet auf dem Prinzip der staatlichen Kontrolle, der Trennung von Kirche und Staat sowie von Kirche und Schule. Weitere machtpolitische und administrative Massnahmen erübrigten sich weitgehend, so dass sich das Schwergewicht jetzt auf die erzieherische Kleinarbeit verlagerte. Der Kampf gegen die Religion verlor an Terror und gewann an Intensität.

Bereits 1954 legte das ZK der KPdSU die Aufgaben der antireligiösen Aufklärungsarbeit der Partei in einem Beschluss fest, in dem es u. a. hieß: «Durch den Sieg des Sozialismus und die Liquidierung der Ausbeuterklasse sind nunmehr in der UdSSR die Wurzeln der Religion untergraben und die Grundlagen der Kirche vernichtet. Auch nimmt jetzt die Mehrheit der



Steuerung eines Atomwerkes. Noch überwindet der technische Stil den sozialistischen Realismus der Leuchter nicht.

Persönlichkeit, auszuradieren. Es ist nicht gelungen, den Menschen dem Kollektiv restlos unterzuordnen und aus ihm ein gehorsames Instrument der das Kollektiv leitenden und kontrollierenden Partei zu machen. Die jahrzehntelangen Erfahrungen des zum Teil blutigen Kampfes um den neuen Menschen beweisen, dass das Hauptmerkmal des menschlichen Wesens doch der Drang nach Freiheit ist. Der Protest der Subjekte des grossen Experiments gegen die Mittel und Methoden der Kollektivierung des privaten Lebens zeigt eindeutig, dass der Mensch auf seine private Sphäre nicht verzichtet, dass er vielmehr bereit ist, diese mit Gewalt oder List zu verteidigen. Was vom kommunistischen Standpunkt aus gesehen ein Negativum ist, muss vom allgemein menschlichen Standpunkt aus gesehen als das grösste Positivum des teuren Experimentes gewertet werden. Der Mensch lebt nicht die ihm aufgezwungene Gleichschaltung entschieden ab.

Der propagandistisch so hochgespielte neue Menschentyp, der «Sowjetmensch», unterscheidet sich daher kaum vom allgemeinen Menschentyp. Vielleicht nur darin, dass er kämpferischer und misstrauischer ist und dass ihn die Frage der rechtlichen und geistigen Freiheit, als Folge wohl auch der Erhöhung des Bildungsniveaus und Le-

den auch von den Nachfolgern Chruschtschews fortgesetzt.

Trotz aller geistigen Bemühungen überleben in der UdSSR sowohl die Kirche als auch die Religion, wobei dieser Umstand teilweise auf die heute kritisierten Konzessionen Stalins zurückgeführt werden, so etwa 1964 von Ilitschew.

Nach marxistisch-leninistischer Lehre ist die Religion ein falsches Bild sowohl der Naturmächte als auch der sozialen Mächte im menschlichen Bewusstsein. Sie ist demnach eine wissenschaftlich falsche Lehre und eine sozial schädliche Ideologie, weshalb sie bis zu ihrer Ausrottung bekämpft werden muss.

Nach der Verfassung ist die Glaubensfreiheit gewährt. Das ist ein staatliches Versprechen. Der Kampf gegen Kirche und Religion wird nicht vom Staat, sondern von der Partei geführt. Trotz dieses Kampfes bestehen noch dezimierte Kirchen. Offiziell sind 15 Kirchen und Glaubensgemeinschaften anerkannt, wovon die wichtigsten nachfolgend aufgeführt werden.

Die Russisch-Orthodoxe Kirche, unter Patriarch Alexius mit Sitz in Moskau, Mitglied des Oekumenischen Rates in Genf. Die Zahlen für die Jahre 1913, 1941 und 1960 illustrieren deren Entwicklung. Bischöfe: 130, 28, 73; Priester: 50 000, 5000, 30 000; Kirchen und Kapellen: 78 000, 5000, 20 000; Klöster 1025, 0, 67; geistliche Akademien und Seminare: ?, 0, 10. Diese Zahlen haben sinkende Tendenz. Seit 1960 hat die Zahl der Kirchen und Priester um mehrere tausend abgenommen; drei bis fünf Seminare wurden geschlossen. Diese Kirche zählt heute etwa 40 Millionen Gläubige.

Die Georgische Orthodoxe Kirche, unter dem Katholikos-Patriarchen Ephraim II. mit Sitz in Tiflis, ebenfalls Mitglied des Oekumenischen Rates in Genf. Sie umfasst 15 Bistümer (wovon 1958 acht vakant waren) und zählt etwa 2,5 Millionen Gläubige.

Die Armenisch-Gregorianische Kirche unter einem Katholikos mit Sitz in Etschmiadsin.

Die römisch-katholische Kirche verfügt heute im altrussischen Gebiet noch über 3 Kirchen (1913: 980). In den 1945 annektierten Gebieten wurde die Zahl der Kirchen von 1100 auf 700 reduziert. In den westukrainischen und transkarpatischen Gebieten wurde die mit Rom verbundene unierte Kirche zum Anschluss an das Moskauer Patriarchat verhalten.

Die lutherische Kirche, vorwiegend in Lettland und Estland, zählt etwa 350 000 Gläubige und verfügt noch über 100 Kirchen und 150 Pfärrer.

Der Unionsrat der Baptisten zählt etwa 3 Millionen Gläubige und besitzt 6000 Gemeindehäuser und Pastoren.

Von den insgesamt etwa 3 Millionen *Juden* in der Sowjetunion praktiziert rund ein Drittel. Ihnen stehen etwa 70 Synagogen und Rabbiner zur Verfügung. Die einzige, 1957 gegründete Jeschiva (Rabbinerseminar) wurde 1962 wieder geschlossen.

Die *Moslems*, ungefähr 30 Millionen, leben vorwiegend in Zentralasien. Sie werden durch den atheistischen Kampf ebenfalls hart bedrängt, während der Sowjetstaat gleichzeitig grosse Propaganda unter den ausländischen Moslems betreibt und zu diesem Zweck vor allem die religiöse Verwaltungsstelle in Taschkent einsetzt.

Die Wirtschaft

Das hervorstechendste Merkmal der sowjetischen Volkswirtschaft ist die zentrale Planung. Sie war ein Postulat der Ideologie gewesen und wurde mit der Abschaffung des privaten Eigentums an Produktionsmitteln (Kapital) zur praktischen Notwendigkeit.

Der Volkswirtschaftsplan ist in seiner allgemeinsten Form eine Anweisung, welcher Teil des Nationaleinkommens zum Ausbau der Wirtschaft zurückbehalten wird (Re-Investition), und welcher Teil dem Markt als Konsumgüter zugeführt wird und mithin verbraucht werden darf.

Diese auf höchster Partei- und Staatsebene nach Ueberlegungen machtpolitischer Natur gefällte Entscheidung wird in einem mehrstufigen Prozess aufgeschlüsselt und erreicht schliesslich den einzelnen Betrieb, wo sie in Produktionsnormen konkretisiert wird. Den Unternehmen sind damit nicht nur Quantität und Qualität der herzustellenden Erzeugnisse, sondern auch die Mengen der Produktionsfaktoren und deren Kombination vorgeschrieben.

Insgesamt hatte die Sowjetunion bis heute und mit Ausnahme der Kriegsjahre sechs Fünfjahrläne und einen Siebenjahrsplan (1959—1965). Gegenwärtig läuft der 7. Fünfjahrsplan für die Periode 1966—1970. Diese Fünfjahrläne werden im Rahmen einer Perspektivplanung von 15 bis 20 Jahren erstellt und für jedes Jahr in einen Jahresplan umgesetzt.

Diese Art der zentralen Planung schränkt die persönliche Initiative ebenso ein wie die persönliche Verantwortung. Sie erwies sich nach bisheriger Erfahrung ferner als außerordentlich starr und anpassungsunfähig. Sie hat es aber erlaubt, die Schwerindustrie, allerdings zu Lasten der Konsumgüterindustrie, beträchtlich zu entwickeln. Für jene Gebiete, die machtmässig von Belang sind — neben der Schwerindustrie vor allem die wissenschaftliche Forschung, die Ausbildung sowie die Propaganda —, konnten grosse

Mittel abgezweigt werden. Trotz dieser sichtbaren Erfolge ist der kommunistischen Planwirtschaft ein Gesamterfolg versagt geblieben.

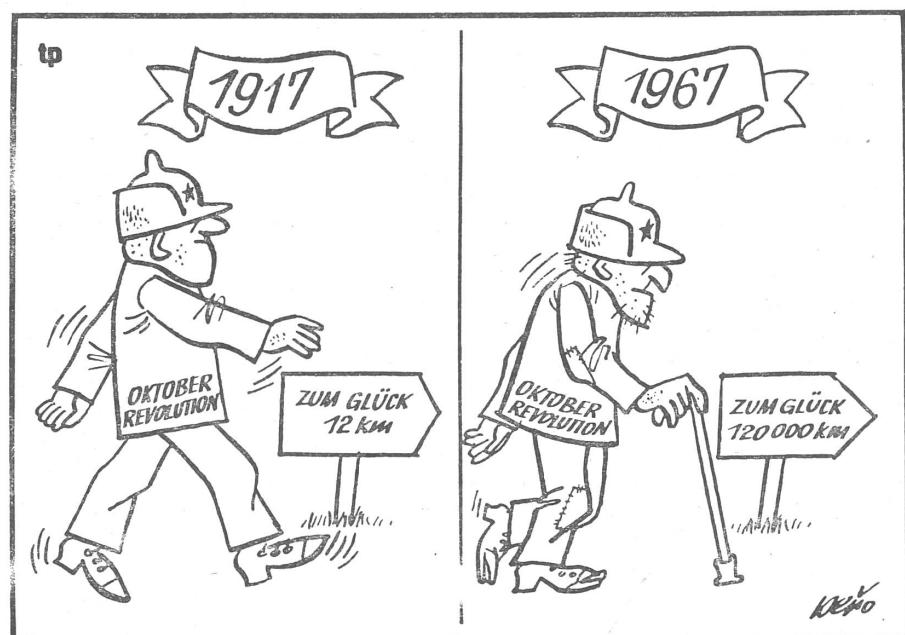
Dieser Umstand, dass sich nämlich Erfolg und Misserfolg der sowjetischen Volkswirtschaft auf eigenartige Weise verbinden, hat einer sachlichen Beurteilung immer erhebliche Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Und doch ist das Problem nicht so kompliziert, wie es auf den ersten Anhieb scheinen mag.

Je nach dem Aspekt ist das kommunistische Wirtschaftsexperiment in der Tat ein überwältigender Erfolg oder ein völliger Misserfolg.

Der Erfolg liegt darin, dass nach Ansicht der Sowjetführung die wirtschaftsbedingten Macht faktoren — Schwerindustrie, Forschung, Ausbildung, Propaganda — tatsächlich aufgebaut worden sind. So konnte beispielsweise im Jahre 1965 der sowjetische Anteil an der Weltproduktion von Eisenerz auf 25,5 Prozent, von Rohr Eisen auf 20,3 Prozent, von Stahl auf 19,8 Prozent, von Zement auf 17,2 Prozent gesteigert werden. Das war das dieser Planwirtschaft gesteckte Ziel, und es ist in einem beachtlichen Ausmass erreicht worden.

Wenn nun das Gesamtergebnis gewürdigt wird, offenbart sich der Misserfolg der Sowjetwirtschaft. Das Nationaleinkommen pro Kopf der Bevölkerung ist niedriger als in den meisten westlichen Staaten. Die Versorgung des einzelnen Staatsbürgers mit Konsumgütern (Lebensmittel, Wohnraum, Freizeitgestaltung usw.) ist bedeutend schlechter als in allen Staaten außerhalb der Entwicklungsländer. Das Realeinkommen des russischen Arbeiters hat denn auch beträchtlich langsamer zugenommen als das eines westeuropäischen Arbeiters. Die Hektarerträge der sowjetischen Landwirtschaft beispielsweise betragen etwa einen Drittel der westdeutschen. So haben die Propaganda, die vom Erfolg spricht, und die Gegenpropaganda, die vom Misserfolg spricht, gleichermaßen recht und unrecht.

Die Frage, wie sich ein Teilerfolg (höhere Wachstumsraten der Industrie und damit rascherer



Machtzuwachs) im Rahmen eines Misserfolges (kleineres Gesamtprodukt) erzielen liess, findet eine leichte Erklärung: Auf Kosten des Konsums wurde von einem kleineren Sozialprodukt der grössere absolute Betrag zum Aufbau der Schwerindustrie abgezweigt.

Dieser Vorgang lässt sich an einem vereinfachten Beispiel illustrieren. A hat ein Einkommen von Fr. 2000.— monatlich, B ein solches von Fr. 1500.—. A gibt für seinen Lebensunterhalt Fr. 1800.— aus und legt monatlich Fr. 200.— auf die Bank (Reinvestition). B gibt Fr. 1000.— aus und legt Fr. 500.— auf die Bank. Der Lebensstandard von A ist 80 Prozent höher als jener von B. Nach 20 Jahren hat A bloss Fr. 48 000.— auf der Bank, B aber Fr. 120 000.—. Die wirtschaftliche «Macht» von B ist damit grösser als die von A. Obschon B um 25 Prozent weniger verdient hat (kleineres Einkommen), konnte er mit einem um 80 Prozent geringeren Konsum (noch tieferer Lebensstandard) seine Position festigen. Ein solcher grösserer Konsumverzicht ist in der Sowjetunion mit Hilfe der Diktatur erzwungen und ermöglicht worden.

In den letzten Jahren hat sich die sowjetische Wachstumsrate bedeutend verlangsamt. Dafür sind viele Faktoren verantwortlich: rein arithmetisch wirken sich die Aufstockungen weniger spektakulär aus; ferner wurde die Sowjetunion durch ihre weltweite Präsenz mit Waffen, Propaganda und Entwicklungshilfe stark beansprucht; zudem fordert die eigene Bevölkerung ein grösseres Stück vom sozialen Kuchen.

Daher gewinnt die Diskussion um die Wirtschaftsreform an Bedeutung. Sie zielt auf eine wirksame Erhöhung der Gesamtproduktion. Mit seinem am 9. November 1962 veröffentlichten Artikel «Plan, Gewinn und Prämie» hat der Char-kower Professor Libermann scharfe Kritik an der bestehenden Planwirtschaft geübt. Im Mai 1964 wurden versuchsweise zwei Moskauer Textilbetriebe aus den starren Planfesseln teilweise gelöst. Sie richten sich jetzt mehr nach dem Marktbedarf aus und kombinieren die Produktionsmittel nach Rentabilitätsüberlegungen. 1966 arbeiteten bereits 673 Industriebetriebe mit etwa 2 Millionen Arbeitern nach diesem neuen System. Damit ist ein bescheidener Einbruch in die zentrale Wirtschaftsplanung erfolgt. Diesen rationalen Weg einer rationelleren Wirtschaft weiter zu beschreiten, ist für die Sowjetführung nicht ungefährlich. Er führt zum wirtschaftlichen Pluralismus, der schliesslich den politischen Pluralismus erzwingen könnte.

tration von Naturwissenschaftern mit Problemen von Erschliessung und Aufbau des Landes beschäftigt.

Die wissenschaftlichen Früchte einer zielbewussten Bildungspolitik sind im letzten Dezenium mit seinem relativen Establishment geertet worden. Praktisch ausgeklammert werden hier freilich die Geisteswissenschaften, die noch immer am Gängelband der Doktrin geführt werden. Dagegen ist das Primat der Ideologie im naturwissenschaftlichen Leben praktisch vorläufig sistiert. Während die Publikation bedeutender Werke ideologisch-politischer Natur immer spärlicher wird (selbst die Lenin-Gesamtausgabe ist nach 50 Jahren immer noch Flickwerk), geht die Herausgabe wichtigster naturwissenschaftlicher Veröffentlichungen mit Beschleunigung vor sich, und die diesbezüglichen westlichen Arbeiten werden laufend übersetzt.

Für die Förderung der wissenschaftlichen Forschung opfert die UdSSR offiziell etwa 5 Prozent des Nationaleinkommens, dieses Jahr fast 9 Milliarden Rubel (etwa 36 Millionen Franken zum offiziellen Kurs), wobei die tatsächlich dafür ausgegebenen Summen vermutlich erheblich grösser sind als die budgetierten.

Leitendes Zentrum der sowjetischen Wissenschaften ist die Akademie der Wissenschaften der UdSSR in Moskau, die über 100 Forschungsinstitute umfasst. Mehr als 700 000 Wissenschaftler arbeiten in den verschiedenen Forschungsstätten des Landes (USA: 800 000). Die eingangs erwähnte Gelchrentsiedlung Akademgorodok ist eine der modernsten Forschungseinrichtungen der Welt.

Die Wissenschaft

Vom Revolutionsjubiläum abgesehen, kann die UdSSR dieses Jahr zwei Zehnjahresfeiern begießen, welche in aller Unterschiedlichkeit Sinnbild für die erreichten Spitzenpositionen sowjetischer Wissenschaft sind: 1957 wurde der erste Sputnik gestartet, und 1957 wurde das sibirische Akademikerstädtchen «Akademgorodok» gegründet, wo sich eine präzedenzlose Konzen-

Es lohnt sich

im «Klaren Blick» zu inserieren
den «Klaren Blick» zu abonnieren

und vor allem

den «Klaren Blick» zu lesen

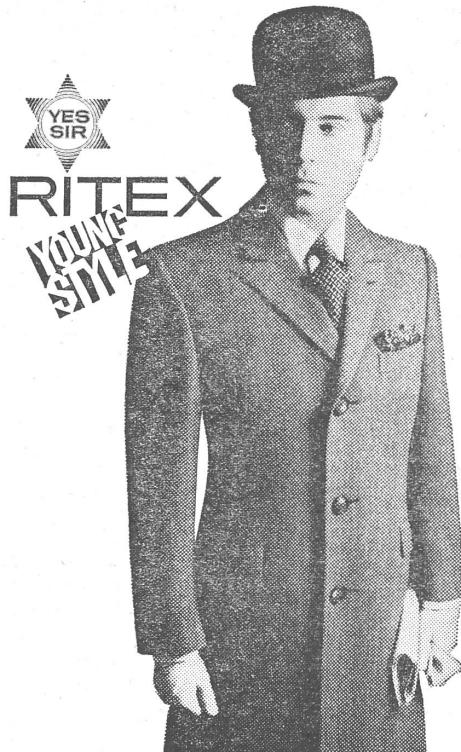
OVOMALTINE

um mehr zu leisten!

warm

kalt

frappée



TORERO
nannten wir
ihn, weil wir
glauben, dass nur
Männer ihn tragen,
die auch in die
Arena steigen
würden.

In diesem Mantel
steigen Sie in die
Arena der Öffent-
lichkeit: markant
detailliert und mit
Spitzrevers.
Solche modischen
Details sind typisch
für RITEX. Wie der
Schnitt, die Ver-
arbeitung und das
Material dieses
Mantels. Uebrigens:
reine Schurwolle!

Bezugsquellen nachweis durch RITEX AG - Qualitätsbekleidung 4800 Zofingen

dok zählt 35 000 Einwohner, von denen 12 000 Vollakademiker sind. Vierzehn mit modernsten Mitteln und Computern ausgestattete Institute sind hier vereint. Ähnliche Akademikerstädte sind nach diesem Vorbild im Ausbau. Unweit Akademgorodok (die technische Zukunft liegt in Sibirien) liegt Baikonur, das Zentrum der sowjetischen Weltraumforschung, die weiter gediehen ist als die amerikanische.

Von der wissenschaftlichen Forschung der Welt wird gut ein Sechstel von der UdSSR bestritten (ein Drittel von den USA). Auftraggeber ist der Staat, insbesondere durch Wirtschaft und Armee. Die Wissenschaftler gehören sowohl materiell als auch bezüglich der Arbeitsbedingungen zu den privilegiertesten Schichten der Sowjetgesellschaft. Grundlage der technischen und wissenschaftlichen Spitzenleistungen ist das heutige Bildungspotential, das aus dem weitgehenden Analphabetismus der vorrevolutionären Zeit heraus geschaffen wurde. Die UdSSR zählt rund 75 Millionen Lernende aller Stufen, was einem Drittel der Gesamtbevölkerung entspricht. Vier Millionen Studenten sind an den Universitäten und Hochschulen immatrikuliert, ebenso viele studieren an den Fachmittelschulen. Bis 1970 will man der gesamten schulpflichtigen Generation des Landes die allgemeine, vollständige Mittelschulbildung (acht Jahre Grundschulen plus zwei Jahre Mittelschule) garantieren. Vorrang haben schon auf den unteren Stufen die Naturwissenschaften (diese Fächer nehmen bereits in der achten Klasse die Hälfte der gesamten Unterrichtszeit ein und umfassen Mathematik, Physik, Chemie, Biologie, technisches Zeichnen usw.). Die früher forcierte polytechnische Bildung (Produktionsunterricht und Praxis) ist dagegen weitgehend zurückgeschraubt worden, da sie sich in der differenzierten technischen Gesellschaft immer mehr als Zeitverlust erweist.

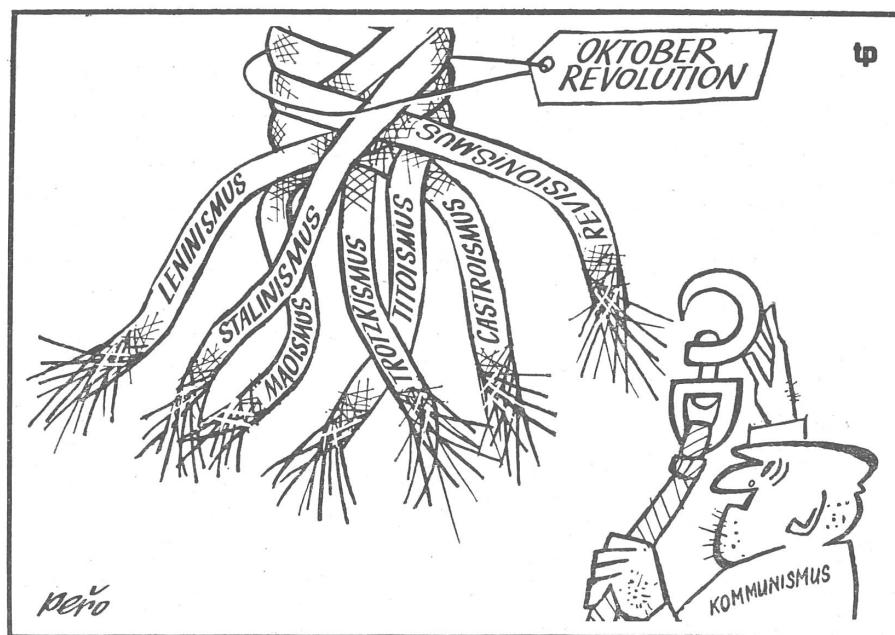
Die Armee

Die Streitkräfte der UdSSR verfügen heute über 3,8 Millionen Mann. Davon entfallen 2 Millionen auf das Heer, 730 000 auf die Luftwaffe und 470 000 auf die Marine. Die strategischen Raketentruppen zählen rund 200 000 Angehörige, während man die ausgebildeten Reservisten aller Streitkräfte auf die imponierende Zahl von 20 Millionen schätzt.

Die Landstreitkräfte umfassen Infanterie-, Panzer-, Artillerie- und Luftlandetruppen sowie Spezialeinheiten. Sie sind heute durchwegs mit modernsten Waffen ausgerüstet und haben trotz Aufkommen von Nuklearwaffen und Raketen-technik nichts von ihrer Bedeutung verloren. Der Panzerbestand wird auf 58 000 Kampffahrzeuge aller Art geschätzt, darunter eine beachtliche Zahl von Schwimmpanzern zur Ueberwindung von Flusshindernissen.

Die Luftstreitkräfte verfügen über insgesamt 12 000 Flugzeuge, deren Gliederung nach Bestimmung, flugtechnischen Eigenschaften und Bewaffnung erfolgt. Bemerkenswert ist, dass die erst nach dem Kriege eingeführten strategischen Bombergeschwader trotz aller Fortschritte im Raketensektor auch heute noch ausgebaut werden.

Die Seestreitkräfte umfassen Flotten und Flottillen. Zu den Flotten gehören zunächst Verbände und Einheiten von Ueberwasserschiffen (etwa



270 Einheiten über 1000 Tonnen und 1400 Einheiten unter 1000 Tonnen), dann 465 (zum Teil atomgetriebene) Unterseeboote, schliesslich Luftstreitkräfte, Küsten- und Flakartillerie sowie verschiedene Spezialtruppen und Marinedienstzweige. Neueren Datums sind die Marine-Infanteristen, die sogenannten Landungstruppen.

Die Atomraketenstreitkräfte sind heute in der Lage, jeden beliebigen Punkt der Erdkugel unter Beschuss zu nehmen. Die bekanntesten Rakettentypen sind: T-3 (Reichweite 9000 km), T-4 (1800 km), J-2 (1300 km) und Komet-2 (1300 km). Man berechnet den Gesamtbestand sowjetischer Raketen auf 20 000, worunter etwa 100 interkontinentale Raketen.

Die Luftabwehr verfügt über die konventionellen Mittel hinaus über einen gut ausgebauten Raketenabwehrgürtel, der sich von der nördlichen Halbinsel Kola durch die Ostsee und die europäischen Volksdemokratien bis zum Süden der UdSSR erstreckt.

Von den im Ausland stationierten Sowjettruppen befindet sich der grösste Teil in der DDR. In Polen sorgen geringe Bestände für die Aufrechterhaltung der Nachschubwege nach Ostdeutschland, während in Ungarn nebst Spezialtruppen vermutlich drei mechanisierte Divisionen stationiert sind.

Die Kunst

Der stille Don in Neuauflage, ölgemalte Traktoristen im Sonnenaufgang, progressivistisch aufgehelle Beethovenakkorde, diese Assoziationen erweckt der sozialistische Realismus, von dem Fadejew, der Präsident des sowjetischen Schriftstellerverbandes, sagte: «Der Teufel weiss, was das ist».

Noch immer ist der sozialistische Realismus als Schaffensprinzip der Sowjetkunst offiziell in Kurs. Er soll stilistischer Ausdruck für die «Parteilichkeit» der Kunst sein, ihre Rolle im gesellschaftlichen Aufbau verkörpern. Indessen ist er dazu

so untauglich geworden wie anderswo die himmelblaue Gipsmadonna als Anreiz zu religiösem Erleben.

Die Ablösung der aus ihm seinerzeit abgeleiteten stilistischen Vorschriften mit ihrer Pseudo-Aussehung charakterisiert die heutige Situation dort, wo es ausschliesslich oder vorwiegend um formale Aspekte geht. Praktisch durchgeführt ist sie unter offizieller Sanktionierung in der Architektur, die ihre Impulse von der internationalen Entwicklung erhält und auf sie zurückwirkt. Auf dem Gebiet der *bildenden Kunst* muss um den Anschluss gekämpft werden. Die Kriterien sind ungewiss oder plump politischer Natur: Picasso ist in sowjetischen Ausstellungen genehm, Chagall oder Kandinsky noch immer nicht. Dass 1967 junge Sowjetkünstler expressionistischer und abstrakter Richtung in Moskau eine Ausstellung organisieren konnten, ist ebenso bezeichnend wie deren polizeiliche Schliessung nach ein paar Stunden Dauer.

Grundsätzlich um mehr geht es in der *Literatur*, die Gedanken, und insbesondere politische Gedanken, in nachprüfbarer Weise formulieren kann. Hier erfolgt denn auch die Nachprüfung, und zwar nach dem Kriterium der potentiellen Opposition. Die Mittel sind gegenwärtig wieder Schriftstellerprozesse, wie gegen Sinjawska/Daniel oder (bevorstehend) gegen Ginsburg und Freunde, daneben diskrete Einweisungen in psychiatrische Anstalten und eine massiver gewordene Denazifizierungskampagne gegen alles, was nach Systemkritik riecht. Das kann eine Phase im Auf und Ab dessen sein, was man Tauwetter und Liberalisierung nannte. Aber beide Erscheinungen samt den dazu gehörigen rückläufigen Bewegungen waren bisher unter anderem dadurch charakterisiert gewesen, dass sie mehr oder weniger regimegewollt waren, dass sie mehr oder weniger den zentralen Manipulationen der Machthaber folgten. Heute ist die Auseinandersetzung wahrscheinlich in dem Sinne echter geworden, als aufbegehrende Schriftsteller nicht länger mehr weitere Liberalisierung wollen, sondern Meinungsfreiheit fordern. Solschenizyns Brief gegen die Zen-

sur setzte für das Jahr 1967 einen Präzedenzfall, der vielleicht schwerer wiegt als die polizeistaatlichen Reaktionen aus der Devensive heraus. Stand bis dahin die Frage nach dem zugelassenen Spielraum im Vordergrund, so scheint nunmehr Kampf um die Unabhängigkeit des Ausdrucks einzusetzen. Die Forderung geht daher nicht nach Abschaffung, sondern nach Verwirklichung des Sozialismus: sozialistische Realität statt Sozialistischer Realismus.

Fast problemlos ist die Entwicklung in der *ausführenden Kunst* (Konzert, Ballett, Mimik usw.) verlaufen. Hier sind die grossen und kleinen Traditionen Russlands und der andern Nationalitäten unter besonderer Berücksichtigung der Folklore bis zur Vollkommenheit gepflegt worden. Die vorrevolutionäre Artistik kann diesen Herbst dankbar ihre fünfzigjährige Bewahrung und Hegung feiern.

Die Umwelt

Als erstrangiger Faktor der Weltpolitik kann die Sowjetunion unter zwei Aspekten betrachtet werden: als führende revolutionäre Macht und als nationale Grossmacht.

Als revolutionäre Führungsmacht hat die UdSSR an Glaubhaftigkeit verloren. Seit dem Ende der Chruschtschewschina ist aus dem Streit mit China eine Konfrontation zwischen Nationen und Gesellschaftsformen geworden, welche den Gemeinsamkeiten der ideologischen Zielsetzung praktisch keinen Raum mehr lässt. Innerhalb der kommunistischen Weltbewegung ist der Polyzentrismus zu einer Dominante geworden, der gegenüber sich ein Moskauer Führungszentrum immer schwerer behaupten kann. In den Entwicklungskontinenten beanspruchen die «nationalen Befreiungsbewegungen» eine echtere revolutionäre Zielsetzung als die gesellschaftlichen Revolutionstheorien der Sowjetunion und fühlen sich in einer Linksopposition zu Moskau. Als arrivierte Industriemacht gehört die UdSSR zur entwickelten nördlichen Hemisphäre, die sich insgesamt dem unterentwickelten, schlecht strukturierten und aufbegehrenden «Süden» gegenübergestellt sieht.

Als nationale Grossmacht hat die UdSSR in den letzten drei Jahren an Statur gewonnen. Dabei hat sie von der chinesischen Kulturrevolution und von der amerikanischen Absorption in Vietnam profitiert. Ueberdies ist sie in einer global recht verbreiteten Sicht zu einer Art «dritten Macht» zwischen Washington und Peking geworden, der stabilisierende und schiedsrichterliche Funktionen zugetraut werden. Im Nahostkonflikt hat sich sowohl der mangelnde Realismus als auch die tatsächliche Wirksamkeit solcher Betrachtungsweise gezeigt.

Wesentlich verbessert hat die Sowjetunion (seit der Spätzeit Chruschtschews) ihre Positionen gegenüber China. Dies gilt jedenfalls, wenn man als

Ziel nur die Gewinne in der Auseinandersetzung annimmt, und nicht etwa deren Beilegung.

Von den Staaten, die vor drei Jahren praktisch als Satelliten Chinas gelten mochten, ist Nordvietnam (zwischen Peking und Moskau) strikt neutral und Nordkorea annäherungsweise prosowjetisch geworden. Die schon bestehende Zugehörigkeit der Mongolei zum sowjetischen Lager hat unter anderem durch den Ausschluss sämtlicher chinesischer Entwicklungshelfer definitiven Charakter angenommen. Der antikommunistische Umsturz in Indonesien stand unter antichineschem Vorzeichen und ist sowjetischerseits trotz einiger Lippenproteste praktisch gebilligt worden. (In diesem Fall hat die UdSSR die nationalen Interessen eindeutig vor die revolutionären oder ideologischen Interessen gestellt und sich damit Vorteile erworben.) In Japan hat sich die kommunistische Linke dem chinesischen Einfluss entzogen, und gleichzeitig sind auch die zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Tokio und Moskau in Richtung auf freundschaftliche Zusammenarbeit gediehen. In Südostasien ist der sino-sowjetische Einflusskampf noch offen. Zurzeit wird er hauptsächlich durch das gegenseitige Ueberbieten an Solidaritätsbeweisen im Vietnamkrieg dominiert. Zur Entscheidung dürfte es nach einem allfälligen amerikanischen Rückzug kommen. Die lange, direkte Grenze zwischen der UdSSR und China ist heißer geworden. Doch scheint die Sowjetunion an selbstsicherer defensiver Stärke gewonnen zu haben. Auch macht die wirtschaftliche Erschließung der Grenzregionen Fortschritte, so dass die chinesischen Gebietsansprüche immer irrealer werden.

Hat die Sowjetunion seit 1964 gegenüber China aufgeholt, so hat sie gegenüber Osteuropa entgegen den damaligen Prognosen kaum verloren. Die Emanzipation der Volksdemokratien ist zwar nicht rückläufig geworden, bewegt sich aber doch sehr nahe am Stagnationspunkt. Die nationale Selbstbehauptung Rumäniens hat sich verstärkt, ohne indessen bis anhin Nachahmer zu finden. Bonns Offenungsversuch nach Osten und die Nahostkrise waren dieses Jahr Indizien für das immer noch wirksame aussenpolitische Blockverhalten Osteuropas unter dem Diktat Moskaus. (Dass hier eine Angleichung Belgrads dazu kam, entsprach der politischen Konjunktur und bedeutet keine neue Etappe im Verhältnis Moskau—Belgrad, das sich seit Chruschtschews Weggang nicht in einer schlüssig definierbaren Weise entwickelte.) Alles in allem steht der Desintegration der westlichen Bündnisse keine entsprechende Erscheinung im Sowjetlager gegenüber, und die bestehenden Ansatzpunkte sind im wesentlichen immer noch die gleichen wie vor drei Jahren.

In ihrem Verhältnis zu Westeuropa profitiert die Sowjetunion politisch von der «Los-von-Amerika-Bewegung», ohne der Wirtschaftsbeziehungen mit den USA verlustig gegangen zu sein, soweit sie schon zuvor abgesteckt waren. Die Ablösung des Antisowjetismus durch den Antiamerikanismus

entspricht zwar erst in Frankreich der gouvernementalen Politik, ist aber als Stimmungserscheinung in ganz Europa zu einem politischen Faktor geworden. In der Deutschland-Frage hat die «Moskauer Gegenoffensive» genau die Kräfte vereinigt können, auf die sie vernünftigerweise zählen durfte (und in der Berlin-Frage geht die Entwicklung ohne sowjetisches Dazutun in eine moskaugenehme Richtung).

Im direkten Verkehr zwischen den Grossmächten *UdSSR und den USA* hat sich seit Chruschtschews Weggang die Sicherung vor einem Weltkrieg einigermassen eingespielt, aber eine (gar vereinbarte) Festlegung der Einflussphären bedeutet das nicht, was immer dazu von rechts und links gesagt wird. Die letzten drei Jahre haben die These der «drôle d'alliance» schon insoweit entkräftigt, als diese sonst in zunehmendem Masse hätte manifest werden müssen, was nicht der Fall war. Zurzeit ist eine Ausweitung des realen und potentiellen sowjetischen Interventionsgebietes im Gange, während alle Welt mit der Denunzierung der amerikanischen Intervention beschäftigt ist.

Gegenüber den Entwicklungskontinenten hat die Sowjetpolitik unter der kollektiven Führung unzweifelhaft an Konsistenz gewonnen. Die Annahme bildet vielleicht Lateinamerika, und zwar unter anderem bezeichnenderweise deshalb, weil dort Interessenkollisionen mit einem schon vorhandenen kommunistischen Land (Kuba) und seinem revolutionären Führungsanspruch bestehen. Die castristische These von der gewaltsaussermoralischen Revolution droht die zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen der UdSSR und den lateinamerikanischen Partnern zu stören, und die gleichzeitige Verpflichtung zum Beweis revolutionärer Solidarität und zur Wahrung nationaler Interessen wirkt sich hier widersprüchlich aus.

Anderwohl hat die Sowjetunion diesen latenten Widerspruch mit Hilfe der neuen Konzeption der «nationalen Demokratie» überwinden können. Sie läuft unter Hintenanstellung ihres theoretischen Gehaltes ungefähr darauf hinaus, dass Staaten mit einer sowjetfreundlichen und anti-amerikanischen Aussenpolitik unbeschadet ihrer Strukturen unterstützt werden können, notfalls unter Opferung der bestehenden kommunistischen Parteien, wie das in den arabischen Ländern der Fall war. Die Priorität, die der «nationalen Befreiung» vor der sozialistischen Revolution eingeräumt wird, hat sich bei jenen Staaten der dritten Welt bezahlt gemacht, die in der aussenpolitischen Anlehnung an Moskau eine Garantie vor der landeseigenen Linksopposition erblicken. Zur Gewinnung der arabischen Staaten diente der Sowjetunion darüber hinaus die Förderung einer israelischen Endlösung im arabischen Sinne. Durch Behutsamkeit und Beharrlichkeit hat die Sowjetunion ihre Position ferner in Indien gestiftet, wobei der indisch-pakistanische Friedensschluss in Taschkent noch generell das Ansehen der UdSSR als Vermittlungsmacht gehoben hat.

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG • Sitz: Jubiläumsstrasse 41, 3005 Bern • Briefadresse: Postfach 2273, 3001 Bern • Telefon (031) 43 12 12 • Telegramm: Schweizost Bern • Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger • Abonnementverwaltung: Oswald Schürch • Inseratenverwaltung: Th. Schöppach • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 24.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 13.— (Ausland Fr. 14.—; DM 13.—) Einzelnummer Fr./DM 1.— • Insertionspreise: Gemäss Inseratenpreisliste Nr. 2 • Postcheck 30-24616 • Bank: Spar- und Leihkasse, Bern; Deutsche Bank, Frankfurt a. M.

Das Schweizerische Ost-Institut erforscht die politische und wirtschaftliche Entwicklung im kommunistischen Herrschaftsbereich • Es will durch sachliche Information zur Stärkung der Freiheit beitragen • Weitere Veröffentlichungen: Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ostblock) • Freier Korrespondenzdienst (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza o Noticario (spanischer Wochendienst, für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse — Informations — Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Arabischer Pressedienst (für Redaktionen im Nahen Osten und in Nordafrika kostenlos) • Mitteilungsblatt (Orientierung für die Freunde des SOI) • Schriftenreihe.